

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Eisblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher  
Lehrer Riese  
Hermann Nr. 22  
Postfach Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,  
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1520.  
Einzeln:  
Riesa Nr. 22

Nr. 150.

Montag, 1. Juli 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Porto. Für den Rest des Jahres sind 30 Mark zu zahlen. Die Abnahme von Einzelnummern, die in den Nummern des Tagesblattes sind, ist ebenfalls möglich und in diesem Falle ist ein besonderer Preis zu zahlen. Eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Bezugspreis für die 20 von Berlin, 1 von jeder anderen Stadt, die in der Liste der Postämter steht, beträgt 100 Gold-Pfennige; je nach Abnahme und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Jede Lieferung des Tagesblattes enthält, wenn der Lesende wünscht, einen Briefbogen, den er an den Auftraggeber in Anspruch nehmen kann. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Spiegel an der Elbe“. — Im Falle längerer Krankheit — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostebstraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hilsmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Schwierigkeiten des Young-Plans.

Nach monatelangen Beratungen sind die Sachverständigen von Paris zurückgekommen, was sie aber zurückgebrachte haben, wird sehr verschieden beurteilt. Der beste Beweis dafür, daß man am besten erst einmal abwarten, wie sich die Dinge entwickeln, war die Zurückhaltung des Reichsbankpräsidenten, gegenwärtig des besten Kenners des ganzen Problems über die Auswirkungen des Pariser Abkommens auf die deutsche Wirtschaft. Immerhin verdienen einige Stellen seiner Rede besondere Aufmerksamkeit. Mit Bedauern muß man feststellen, was man freilich schon lange wußte, daß die Haltung einzelner deutscher Parteien die Position der deutschen Sachverständigen sehr erschwert hat. Es ist in der Tat auch nicht zu verkennen, daß zur selben Zeit, wo unsere Vertreter ein berechtigtes Angebot machen, sich deutsche Parteiführer finden, die eine weit höhere Summe als tragbar erklären. Hier fehlt es an der Disziplin, ohne die so schwierige Verhandlungen nicht zu einem glücklichen Ende geführt werden können. Auf alle Fälle wird das Kompromiß von Paris von dem besten Kenner des Abkommens als vorläufige Lösung bezeichnet. Die wirtschaftlichen Sachverständigen haben somit die unwahrscheinliche Aufgabe erhalten, mit ihrer Unterdrift etwas zu denken, was für andere verantwortlich sind. Um so erfreulicher ist die eindeutige Erklärung, daß das ganze Abkommen auf der Voraussetzung der Befreiung Deutschlands von allen Kontrollen aufgebaut ist. Erst dann können überhaupt die Mittel- und Wege zur Durchführung des Vertrages gesucht werden. In der inneren Wirtschaft und Politik müssen wir uns natürlich darauf einstellen. Noch mehr müssen sich freilich die anderen Mächte einstellen, wenn der Young-Plan Aussicht auf Erfolg haben soll. Vor allem muß die Fabel vom deutschen Kriegsverbrechen aus dem politischen Wörterbuch verschwinden. Andernfalls ist eine vorurteilsfreie Einstellung zur deutschen Arbeit nicht denkbar. Wenn unsere Fabriksätze für so viele am Krieg beteiligte Länder den unerschwinglichen Stempel behalten sollen: hergestellt von Kriegsverbrechern, dann kann man sich wirklich kein harmonisches Zusammenarbeiten denken. Ohne dieses ist aber eine Durchführung des Reparationsplans unmöglich.

Ungeachtet dessen halten sich aber auch in anderen Ländern noch Wettervorkommen zusammen, die es fraglich erscheinen lassen, ob die Ernte von Paris auch ohne Störung in die Säcken einbracht wird. Der Hauptmangel des neuen Plans ist doch wohl Frankreich, das zudem auf großes amerikanisches Entgegenkommen rechnen kann. Aber das genügt anscheinend noch nicht. Man will in Frankreich, nachdem man Deutschland ordentlich ausgepreßt hat, auch noch die Amerikaner mit Drohungen zu weiteren Konzessionen veranlassen. Die am Anfang August fällige Zahlung von etwa 10 Milliarden Franken soll zwar zur Verfügung gehalten, andererseits aber der amerikanischen Regierung mitgeteilt werden, daß eine Umwandlung in Devisen unmöglich erscheint. Man will also zahlen und doch auch nicht. Denn Frankreich schuldet nicht 10 Milliarden Franken, sondern 400 Millionen Dollar. In Paris ist man allerdings sicher, daß Washington sich schließlich der französischen Halsstarrigkeit beugen wird. Wie anders hat Frankreich gehandelt, als Deutschland mit ein paar tausend Telegraphenstationen im Rückstand geblieben war. Es entstand eine berühmte Ingenieurkommission, unter einer Bedeckung von 9000 Mann schwerbewaffneter Truppen in das wehrlose Rheinland. Wenn Amerika nun ebenso handelte! Aber mit zynischer Offenheit erklären französische Zeitungen: Amerika werde wohl nicht den Gerichtsvollstreckern schenken, um das Geld zu holen. Mit welchem Recht hat sich dann bloß Boncompagni über die deutschen Rückstände aufgeregt, wenn es ohne Zwang noch viel schlimmer handelt. Denn Frankreich kann zahlen. Hat doch erst vor kurzem der französische Ministerpräsident den wachsenden Wohlstand seines Landes gerühmt. Hier haben jedenfalls noch große Schwierigkeiten der Erlösung. Bis dahin darf man auf die Mitarbeit der Vereinigten Staaten bei Durchführung des Young-Plans nicht rechnen.

Dazu kommt das unaufhörliche Hin und Her um den Ort der politischen Konferenz. Jeden Tag werden widersprechende Meldungen über die Haltung der französischen Regierung verbreitet. Man scheint sich in Paris nicht ganz klar darüber zu sein, welche Haltung man einnehmen soll. Einerseits will man sich der englischen Forderung nicht beugen, andererseits möchte man auch London, das man vielleicht doch einmal brauchen kann, nicht zu sehr verschmäheln. Jedenfalls tragen diese beiden Widersprüche der Auffassung nicht dazu bei, eine für die Konferenz günstige Atmosphäre zu schaffen.

Als letzter Punkt kommt der Streit um den Ort der Reparationsbank. So viel Köpfe, so viel Sinne. Wie wir schon des öfteren bemerkt haben, sollte es außerhalb der Diskussion liegen, daß allein ein neutraler Ort in Frage kommt. In Brüssel denkt man anders, wahrscheinlich unter stiller Diktation der Pariser Reichsbank. Unglaublich ist es aber, daß man von Deutschland Unterstützung für die Bank von Brüssel fordert. Belgien hat wirklich in der letzten Zeit sehr wenig getan, um Deutschlands Stimme bei irgend welchen Differenzen zu verdienen. Zudem ist Brüssel aus vielen Gründen weniger geeignet. Alles in allem wird wohl noch manche Zeit vergehen, bis diese Differenzen beige geschlichtet sind.

## Schweres Flugzeug-Unglück auf dem Bodensee.

5 Tote, 2 Schwerverletzte.

1 Lindau. Ein überaus schweres Flugzeugunglück ereignete sich Sonnabend abend zwischen 5 und 6 Uhr unweit von Lindau auf dem Bodensee. Das Flugzeug D. 1020, eine neue Maschine, die erst vor kurzem in den Dienst des Bodensee-Aero-Clubs gestellt worden war, wollte eben nach einem Flug mit fünf Passagieren, dem Flugleiter und dem Piloten an Bord auf das Wasser niedersteigen, als es sich nur einige Meter über dem Wasser nach einem scharfen Knall, wahrscheinlich infolge einer Explosion, überschlug und dann nach wenigen Minuten im See versank. Boot, die rasch zur Unfallstelle eilten, konnten zwei Personen, den Apotheker Johann Fritsch aus Friedberg in Oessen und den Kaufmann Hermann Wüster aus Barmen, schwer verletzt, mit Hand- und Rippenbrüchen, bergen. Erst später konnte der Rumpf des Flugzeuges an die Oberfläche des Bodensee-Aero-Clubs in Lindau, Eduard Döge, des Oberbauers Haag aus Friedberg in Oessen und der Frau der zwei schwer Verletzten geborgen werden. Das Vorderende des Flugzeuges mit dem Motor liegt noch auf dem Grund des Sees, vermutlich befindet sich in ihm auch die Leiche des Piloten Jindmeister. Alle Bemühungen, das Flugzeug an Land zu ziehen, mißlungen, so daß der Rumpf mit einem Kranfahrig unter Wasser in den Hafen von Lindau geschleppt werden mußte, wo man ihn mit einem Kran hochziehen wird.

1 Berlin. Die Deutsche Luft-Gesellschaft teilt zu dem Flugbootunglück auf dem Bodensee mit, daß das dem Bodensee-Aero-Club, einer Gesellschaft, die mit der Deutschen Luft-Gesellschaft nicht in Zusammenhang steht, gehörige Flugboot

bei der Landung wohl dadurch verunglückte, daß der Pilot, der gegen Westen bei glatter See in der Nähe von Lindau nach einem Rundflug landen wollte, von der Sonne stark geblendet wurde und sich dadurch beim Abfangen der Maschine verlor. Das Flugboot geriet mit dem Bug unter Wasser und überlief sich, wobei das Vorderende des Bootes mit dem Pilotensitz abbrach und unterging; dadurch konnte das Wasser so schnell in die Passagierkabine eindringen, wobei, während wie bereits gemeldet, zwei Flugpiloten getötet werden konnten, drei andere Flugpiloten, sowie der Führer des Flugzeuges und der Flugleiter der genannten Gesellschaft, Döge, ertrunken sind.

## Die Rettungsarbeiten.

\* Friedrichshafen. (Telunion.) Wie zu dem Flugzeugunglück auf dem Bodensee weiter bekannt wird, geht es den Berichten verhältnismäßig gut. Abgesehen davon, daß beide einen Kernschuß erlitten haben. Beide liegen im Lindauer Krankenhaus. In dem Rettungsboot beteiligte sich auch die Landespolizei Lindau, Privatbootbesitzer, der Schwimmverein und die Sanitätskolonne. Um 10 Uhr abends waren sämtliche Leichen der Passagiere geborgen, während die Leiche des Piloten Jindmeister noch nicht aus dem Flugzeug herausgeholt werden konnte, da sie in der Führerkabine eingeklemmt ist. Nach Lindauer Blättermeldungen ist es aber vermerkt worden, daß der babische Dampfer „Baben“, der die Unfallstelle passierte, seinen Weg, ohne anzuhalten, fortsetzte. Mit seiner Hilfe wäre vielleicht die Rettung noch weiterer Insassen möglich gewesen. Die unverständliche Haltung der babischen Schiffsführung erregte großen Protest bei dem am Ufer Versammelten. In der Unfallstelle traf u. a. auch der Oberbürgermeister Sievert von Lindau ein und beteiligte sich an den Rettungsarbeiten.

## Paris in Erwartung der amerikanischen Note.

1 Paris. (Telunion.) Die am Sonnabend von dem französischen Botschafter in Washington der französischen Regierung mitgeteilte amerikanische Note stellt nur einen offiziellen Schritt dar, während die offizielle Antwort der amerikanischen Regierung am Montag in Paris erst für Dienstag erwartet wird. Man rechnet damit, daß der von der Regierung Hoover abgelehnte Text nicht den freundschaftlichen und manchmal patriotischen Ton der von Coudert mitgeteilten Note habe.

In der amtlichen amerikanischen Auffassung in der Schuldenfrage stellt eine offizielle Antwort fest: Im Laufe der Demarche des französischen Botschafters vom 28. Juni erinnerte Staatssekretär Stimson daran, daß das Abkommen von 1921 seitens der Vereinigten Staaten den Verzicht auf den Betrag der von Frankreich während des Krieges gegenüber dem amerikanischen Schatzamt eingegangenen Verpflichtungen enthalte und die Verbindlichkeiten Frankreichs ausschließlich auf die Nachkriegsschulden beschränkt.

Diese Auslegung des Wilson-Vertrages Abkommens, die der amerikanische Schatzsekretär Mellon schon wiederholt geäußert hatte, beruht auf folgenden Sätzen: Die nach dem Waffenstillstand eingegangenen französischen Verpflichtungen betragen beim Abschluß des Abkommens von 1921 in Kapital und Zinsen zu 5 v. H. die nur bis zum 15. Juni 1926 abbezahlt wurden. 1655 Millionen Dollar einschließlich der Schulden für die Kriegsbündel. Der Gegenwert der Jahreszahlungen des Abkommens zum Jahresende von 5 v. H. war andererseits 1661 M. Millionen Dollar. Unter diesen Umständen können die amerikanischen Behörden der Auffassung sein, daß Frankreich einen Nachschuß seiner vor dem Waffenstillstand liegenden Schulden erhielt, der im Kapital und Zinsen über 1 Millionen Dollar betrug.

## Strafengerichte in Frankreich.

1 Paris. In französischen politischen Kreisen ist nach wie vor das Gerücht verbreitet, die Regierung würde zurücktreten, sobald sie die amtliche Note der amerikanischen Regierung auf den diplomatischen Schritt des französischen Botschafters in Washington in den Händen habe. Man vertritt, Briand sei hart verurteilt darüber, daß ihm der überlegene diplomatische Schritt an die Reichsregierung gelangt werde, während er selbst vor nicht ganz 14 Tagen demütlich alle möglichen diplomatischen Concessionen vorgenommen habe.

Der Rat in bezug auf den Außenminister habe in dem Kabinetsrat, der am Freitag in der Kammer stattfand, auf Annahme seines Rücktrittsgesuches bestanden und es schließlich seinen zehnerköpfigen Ministerkollegen überreicht. Unbereits ist es jedoch noch von der Arbeit einer Umbildung der Regierung in der Diskussion.

großen Ministeriums der nationalen Einheit, das allein die unauflösbare Aufgabe der Kriegsbellegerung zu Ende führen könnte. In der Tat haben nunmehr alle Parteien die Überzeugung, daß die Regierung an der Ratifizierung nicht vorbeikommt, aber keine möchte die Verantwortung hierfür auf sich nehmen und dem Gegner den Vorteil einer billigen Opposition lassen, der die Sympathien der breiten Masse geöhrt. Alle diese Krisengerüchte dürften aber mit großer Vorsicht anzunehmen sein, da insbesondere unter den gegenwärtigen unpolitischen Verhältnissen für Poincaré und Briand keine Nachfolger gefunden werden dürften.

## Die französische Presse zur Haltung Americas.

1 Paris. Die gesamte Presse beschäftigt sich mit der Weigerung der Vereinigten Staaten. So schreibt Le Nord, man müsse nun endlich einmal den Mut besitzen, klar zu sehen, daß der Sieger des Krieges, der einzige Sieger, Amerika ist. In der höchsten Sprache eines höchsten Siegers erinnere Staatssekretär Stimson daran, daß dieser Sieger sich großmütiger zeige, als er eigentlich das Recht habe, zu sein. Das sei die unangenehme Erniedrigung, zu der das patriotische Vorgehen Franklin-Roosevelts geführt hat. — L'Action schreibt: Die Ablehnung von Washington ist postwendend eingetroffen, und da alle Eingeweihten wußten, daß nichts anderes in Frage kommen könne, war es wirklich unnütz, dem Lande durch eine leichfertige Demagogie die Demütigung dieses offensichtlichen Mißerfolges anzufügen. Die Regierung, die widerstrebend sich dem Willen der Kammer unterworfen hatte — vielleicht hätte sie besser getan, den Mut zu besitzen, ihr die Stirn zu bieten, selbst mit der Bewußtheit, eine momentane Niederlage zu erleiden — hat gegen die Schicksalsgewalt aus diesem unangenehmen Ereignis gezogen. — L'Action schreibt: Die Unvollständigkeit Americas sei wohl nicht der Gedanke, bestimmt, Frankreich zu schikanieren. Als Beweis könne wohl die unangenehme Tatsache gelten, daß die Regelung vom 20. April 1926 Frankreich günstigere Bedingungen gewährte, als diejenigen, die England in erster Linie und alsdann die meisten übrigen europäischen Schuldner erhalten haben. — L'Echo de Paris schreibt: Das negative Ergebnis der Demarche haben alle diejenigen voraus, die auch nur etwas von der amerikanischen Politik verstehen. Warum hat man also diese unangenehme Demarche unternommen? Eine Letztion ist annehmend für das französische Parlament unerlässlich geworden. Offensichtlich wird von nun an keine Diskussion mehr die öffentliche Meinung in Erregung versetzen. — L'Action Journal schreibt: Die Ablehnung Americas muß diejenigen Parlamentarier aufstören, die gewisse Pläne schon genützt hatten: sie kann auch ihre Gewissen erschüttern.